A8 Umgang mit der Straßensexarbeit im Kurfürstenkiez - Sperrbezirke verhindern

Antragsteller*in: Milena Bachmann

Im Kurfürstenkiez gibt es seit jeher immer wieder Konflikte zwischen Anwohnenden und der dort ansässigen Sexarbeitendenszene.

Teile der Anwohnenden rund um das Gebietstören sich an der Verschmutzung der Straßen durch zurückgelassene Spritzen und Kondome sowie der im öffentlichen Raum stattfindenden Sexarbeit. Einige Politiker*innen und Vereine fordern deshalb ein Verbot von Sexarbeit in diesem Gebiet. Wir als Grüne Jugend sprechen uns ausdrücklich gegen solche sogenannten "Sperrgebiete" aus. Zwar müssen oben genannte Probleme ernst genommen werden, allerdings ist das Verdrängen der Sexarbeitenden in ein Industriegebiet keine sinnvolle Lösung. Sexarbeit ist in Deutschland ein anerkanntes Gewerbe. Menschen, die in diesem Gewerbe tätig sind, in die Illegalität zu drängen, schränkt das Recht auf Ausübung dieser Tätigkeit ein.

Im Kurfürstenkiez gibt es bereits eine Infrastruktur an Beratungsangeboten und medizinischer Versorgung für Sexarbeitende sowie Gesprächsrunden, die den Austausch zwischen Anwohnenden und Sexarbeitenden fördern sollen. Wenn durch die Schaffung eines Sperrbezirks diese Infrastruktur wegfällt, werden die Arbeitsbedingungen für Sexarbeitende unsicherer. Das darf nicht passieren. Auch Staßensexarbeitende müssen die Möglichkeit haben ihren Arbeitsplatz, in einem gewissen Rahmen, frei zu wählen.

Deshalb fordern wir andere Lösungsansätze.

Die grüne Jugend Berlin...

- fordert ein klares Signal der Solidarität mit den Sexarbeitenden
- lehnt Sperrbezirke für Sexarbeit ab
- fordert die Schaffung eines sicheren Umfelds für Straßensexarbeit
- fordert finanzielle und personelle Unterstützung der bereits vorhandenen Beratungsstellen sowie medizinischer Beratung und Versorgung vor Ort
- fordert die vermehrte Einrichtung sanitärer Anlagen in Gebieten mit Straßensexarbeit
- fordert vermehrtes Aufstellen von Mülleimern in Gebieten mit Straßensexarbeit
- lehnt ein offensiveres Auftreten beziehungsweise eine stärkere Sichtbarkeit der Polizei ab
- fordert die gezielte Bereitstellung von Dolmetscher*innen
- fordert die Schaffung eines Drogenkonsumraums mit durchgängigen Öffnungszeiten
- fordert eine differenzierte Betrachtung anderer Probleme im Kurfürstenkiez, sodass eine pauschale Herstellung von Zusammenhängen mit der Sexarbeit verhindert wird
- fordert einen niedrigschwelligen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung auch für migrantische und nicht registrierte Sexarbeitende
- fordert das Ende eines automatischen Weiterleitens Hilfesuchender an Ausstiegsorganisationen seitens öffentlicher Institutionen, wenn die Sexarbeitenen dies nicht wünschen
- fordert eine differenzierte Darstellung unterschiedlicher Formen der Straßensexarbeit und ein Ende der fälschlichen Gleichsetzung unterschiedlicher Sexarbeitender im politischen Diskurs
- fordert eine individuelle Bereitstellung staatlicher Hilfeleistungen in Absprache mit der einzelnen Person

Für den Erhalt eines offenen und bunten Kurfürstenkiezes halten wir es für wichtig, die dort ansässigen Sexarbeitenden mit einzubeziehen und deren Bedürfnisse zu achten und eine gefährliche Verdrängung in Industriegebiete zu verhindern. Die Berücksichtigung von Interessen der Anwohnenden darf nicht auf Kosten der Sexarbeitenden stattfinden und die pauschale Behandlung der Sexarbeitenden von oben herab muss ein Ende haben. Straßensexarbeitende müssen als gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschafft behandelt weden.

Begründung

erfolgt mündlich